

Satzung des Bundesverbandes - §27

URABSTIMMUNG



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: S Satzung

Satzungstext

1 **§27 URABSTIMMUNG**

- 2 (1) Über alle Fragen der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, insbesondere auch der
3 Programme
4 und der Satzung, kann urabgestimmt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder von
5 BÜNDNIS
6 90/DIE GRÜNEN.
- 7 (2) Die Urabstimmung sowie die Sammlung der Antragssteller*innen gemäß Absatz 3 Nr. 1
8 können
9 auf Wunsch der Initiator*innen in online-gestützter, vom Bundesvorstand festgelegter Form
10 durchgeführt werden. Ein nicht-online gestützter Weg muss ebenfalls zur Verfügung gestellt
11 werden. (Bis Ende 2026 entscheidet die BDK darüber, ob diese Regelungen dauerhaft in die
12 Satzung übernommen werden sollen).
- 13 (3) Die Urabstimmung findet statt auf Antrag
14 1. von fünf von Hundert der Mitglieder oder
15 2. von einem Zehntel der Kreisverbände oder
16 3. von drei Landesverbänden oder
17 4. des Länderrates oder
18 5. der Bundesversammlung oder
19 6. des Frauenrates oder
20 7. des Bundesvorstands und des Parteirats gemeinsam mit jeweiliger 2/3-Mehrheit
21 8. Die unter Punkt 1 - 3 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften
22 bzw. Beschlüsse innerhalb einer Frist von achtzehn Wochen in der Bundesgeschäftsstelle
23 eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift.
24 Die Antragsteller*innen legen durch die Antragschrift den Inhalt der Urabstimmung fest.
- 25 (4) Der/die Bundesgeschäftsführer*in ist für die Durchführung der Urabstimmung
26 verantwortlich. Das Nähere wird in Ausführungsbestimmungen geregelt, die der Länderrat
27 erlässt.
- 28 (5) Die Kosten der Urabstimmung trägt die Bundespartei.
- 29 (6) Der/die Bundesgeschäftsführer*in übernimmt für Urabstimmungsinitiativen die Aufgabe, im
30 Rahmen der regelmäßigen Verteiler der Partei die Mitglieder zu informieren.
- 31 (7) Ein einmal urabgestimmter Inhalt kann erst nach Ablauf von 2 Jahren erneut Gegenstand
32 eines Urabstimmungsverfahrens sein.

- 30 (8) Über Spitzenkandidaturen der Bundespartei aus Anlass allgemeiner Wahlen kann die Urwahl
31 durchgeführt werden. Absätze (2) bis (6) finden entsprechende Anwendung. Es gilt dabei die
32 Mindestquotierung. Ausnahmen beschließt eine Bundesversammlung mit einfacher Mehrheit.